

PROTOKOLL BÜRGERINFORMATION

Körperschaft:	Gemeinde Bad Zwischenahn		
Gremium	Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus		
Sitzung am:	Dienstag, 20.11.2018		
Sitzungsort:	Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5		
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	Sitzungsende:	20:20 Uhr

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Ausschussvorsitzender

Herr Jochen Finke CDU

Ausschussmitglieder

Frau Maria Bruns CDU für Herrn Haake
Herr Diethard Dehnert Die Zwischenahner
Herr Martin Ebert SPD
Herr Dr. Frank Martin CDU ab TOP 2, 16:45 Uhr
Herr Wolfgang Mickelat SPD
Herr Ludger Schlüter GRÜNE
Frau Kirsten Schwengels CDU für Herrn Dr. Martin bis TOP 2, 16:45 Uhr
Herr Norbert Steinhoff FDP
Herr Dr. Peter Wengelowski SPD

Verwaltung

Herr Wilfried Fischer ab TOP 2, 16:10 Uhr
Herr Carsten Meyer ab TOP 4, 17:00 Uhr
Herr Martin Wichelmann
Herr Wolfgang Piepenburg bis TOP 8, 19:00 Uhr
Frau Helga Buß Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Haake CDU

Grundmandatsinhaber

Herr Edgar Autenrieb DIE LINKE.

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung 3

Die Tagesordnungspunkte 2. und 3. sind in nichtöffentlicher Sitzung behandelt worden.

4. Vorstellung des Projekts "Wunderline"
Vorlage: BV/2018/210 3

5. Genehmigung des Protokolls vom 16.10.2018 (Nr. 95) 3

6. Bericht der Verwaltung 4

- 6.1. Bericht zum Stand der Haushaltsführung 4

- 6.2. Aufholung der Jahresabschlüsse 4

- 6.3. Kurbeitragskalkulation 4

- 6.4. Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Darlehen 5

- 6.5. Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben 5

- 6.6. Vorbericht zum Haushalt 2019 5

7. Anschaffung eines Ersatzbusses durch den BürgerBus Bad Zwischenahn e.V.
Vorlage: BV/2018/209 5

8. Zukünftiger Breitbandausbau im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/2018/212 6

9. Zusätzliches Personal für die Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Außendienst-
aufgaben;
Antrag der FDP-Fraktion vom 21.09.2018 (BV/2018/173, VA vom 25.09.2018,
Protokoll Nr. 93, TOP 8.4) und Beratung im WuFT vom 16.10.2018 (BV2018/178,
Protokoll Nr. 95, TOP 5)
Vorlage: BV/2018/215 6

10. Haushalt 2019 7
hier: Änderungen zum ersten Haushaltsentwurf
Vorlage: BV/2018/213

11. Anfragen und Hinweise 9

- 11.1. Verkehrsberuhigung Bahnhofstraße 9

12. Einwohnerfragestunde 9

- 12.1. Zeitpunkt Bürgerfragestunde 9

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Finke eröffnet die Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 sind in nichtöffentlicher Sitzung behandelt worden.

4 Vorstellung des Projekts "Wunderline" Vorlage: BV/2018/210

AV Finke begrüßt zwei Vertreter des Projekts Wunderline. Anhand einer Präsentation wird das Projekt vorgestellt.

AM Steinhoff, Dr. Wengelowski und Dr. Martin sehen die Gefahr, dass der Güterverkehr nach Ausbau der Strecke zunehmen werde. Der Projektvertreter vertritt diese Auffassung nicht, da die vom Güterverkehr genutzten Strecken südlicher und damit näher an Rotterdam bzw. dem Ruhrgebiet und dem Rhein-Main-Gebiet verlaufen. Des Weiteren sei auch keine Elektrifizierung des Streckenabschnittes zwischen Groningen und Bunde vorgesehen. Auf Anfrage von Am Steinhoff wird mitgeteilt, dass im ersten Bauabschnitt Personenzüge im 2-Stunden-Takt, im zweiten Bauabschnitt im Stundentakt nach Groningen fahren sollen.

- 23/80 -

5 Genehmigung des Protokolls vom 16.10.2018 (Nr. 95)

AM Schlüter sagt, dass er in der letzten Sitzung falsch verstanden worden sei. Er habe nicht gesagt, dass DIE GRÜNEN grundsätzlich gegen die Einstellung zusätzlichen Personals seien und er sich den Aussagen vom stellv. AM Dierks anschließen könne. Er sei für die Einstellung von Außendienstmitarbeitern, aber nicht im Umfang von zwei Vollzeitstellen, sondern mit deutlich weniger Stunden. Außerdem habe er sich gegen die Refinanzierung der Kosten für die Außendienstmitarbeiterstellen ausgesprochen, da es nicht um finanzielle Einnahmen, sondern um die Verbesserung und Einhaltung der Ordnung geht.

Beschluss:

Das Protokoll vom 16.10.2018 (Nr. 95) wird mit diesen Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 10, 32 -

6 Bericht der Verwaltung

6.1 Bericht zum Stand der Haushaltsführung

Die Verwaltung berichtet über den Stand der Haushaltsführung.

6.2 Aufholung der Jahresabschlüsse

Stellv. FBL Wichelmann teilt mit, dass der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes zwischenzeitlich eine Stellungnahme zum Stand der Prüfungen für das Jahr 2010 eingereicht habe. Anhand einer Präsentation erläutert er ausführlich die gegenseitige Situation und trägt geplante Änderungen vor, die für die Zukunft ein rascheres Voranschreiten der Arbeiten gewährleisten sollen.

AM Schlüter sieht dringenden Personalbedarf von zwei, besser drei zusätzlichen Kräften im Team Jahresabschluss. Notwendige Umorganisationen, evtl. auch ein Softwareumstieg müssen vorgenommen werden, wenn dies dem Ziel förderlich ist.

AM Mickelat stellt den Sinn von durch die Prüfungen entstehenden umfangreichen Nacharbeitungen alter Abschlüssen in Frage. Es wird viel Kraft und Aufwand betrieben, an der finanziellen Situation ändere sich nichts.

AM Dr. Martin erklärt, dass die Politik sich in der Vergangenheit nicht ausreichend und nur auf Druck informiert gefühlt habe. Daraufhin sei der Wunsch von einer Berichterstattung in jeder VA-Sitzung entstanden. Er schlägt vor, einen externen Berater hinzuzuziehen und mit diesem und dem Rechnungsprüfungsamt gemeinsam eine Lösung zu suchen, um die Abschlüsse zeitnaher erstellen zu können.

BM Dr. Schilling betont, dass auch in der Verwaltung die Jahresabschlussarbeiten höchste Priorität haben. Durch die Umorganisation könne gesichert werden, dass nicht ständig laufende Arbeiten, wie die Haushaltsplanung oder der Sitzungsdienst, aus terminlichen Gründen Vorrang haben. Das Team „Jahresabschluss“ könne sich ganz auf die Jahresabschlüsse konzentrieren. Trotzdem werde die Inanspruchnahme von Externen geprüft.

AM Dr. Wengelowski begrüßt die vorgetragenen Lösungsvorschläge. Er hat den Eindruck, dass die Kommunikation zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und der Verwaltung gestört sein könnte. Das vorgelegte Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes sei nicht konstruktiv.

AM Dr. Martin spricht sich für die Einstellung von zwei zusätzlichen Kräften aus.

- 20 -

6.3 Kurbeitragskalkulation

Die Kostenrechnung für das Jahr 2017 schließt mit einem Fehlbetrag von 224.201,10 € ab. Durch die Übernahme des Wellenbades im Jahr 2017 sind die kurbeitragsfähigen Aufwendungen der Gemeinde stark gestiegen, der kostendeckende Kurbeitrag würde jetzt ca. 2,80 € betragen.

Auf Anfrage des AM Dr. Martin teilt stellv. FBL Wichelmann mit, dass für den Kurbeitrag keine Pflicht zu einer jährlichen Spitzenberechnung gebe, wie z. B. im Gebührenrecht.

Aus der errechneten Über- oder Unterdeckung erwachse keine Verpflichtung, diese Beträge in der nächsten Kalkulation fortzuschreiben.

AM Schlüter bittet die Verwaltung zur nächsten Sitzung des WuFT den Kurbeitrag neu zu kalkulieren, sodass er kostendeckend ist. Diese massive Unterdeckung könne nicht im Sinne der Gemeinde sein. Der Ausschuss folgt diesem Vorschlag.

- 20 -

6.4 Bericht über die Aufnahme und Umschuldung von Darlehen

Seit der letzten Sitzung hat es keine neuen Entwicklungen gegeben.

- 20 -

6.5 Bericht über über- und außerplanmäßige Ausgaben

In der Hauptsatzung ist geregelt, dass der Bürgermeister für über- und außerplanmäßige Ausgaben bis zur Höhe von 10.000 € zuständig ist. Bis zur Änderung der Satzung im Jahr 2011 lagen die Wertgrenzen bei 5.000 € für überplanmäßige und 2.500 € für außerplanmäßige Ausgaben. Seither wird über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben berichtet, die in die Zuständigkeit des Bürgermeisters fallen, aber die früheren Wertgrenzen überschreiten.

- 20 -

6.6 Vorbericht zum Haushalt 2019

Auf den Entwurf des Vorberichtes wird verwiesen.

AM Mickelat verweist auf die Seiten 27/28 des Vorberichts mit den Aussagen zur Investitionstätigkeit. Seit Jahren bitte er um eine Aufstellung über die Einzahlungen aus Grundstücksverkäufen und die Ausgaben für Ankauf und Fertigstellung

Stellv. AM Bruns entgegnet, dass im PIUmA diese Zahlen regelmäßig vorgetragen werden. Der Grundstücksverkauf erfolgt so, dass weder nennenswerter Gewinn noch Verlust entstehe. Für die Zukunft müsse überlegt werden, für das Liegenschaftsmanagement ein wesentliches Produkt zu bilden.

- 20 -

7 Anschaffung eines Ersatzbusses durch den BürgerBus Bad Zwischenahn e.V. Vorlage: BV/2018/209

Auf Anfrage des AM Steinhoff antwortet BM Dr. Schilling, dass es zwar derzeit gerade ausreichend freiwillige Fahrer gebe, jedoch weitere Freiwillige jederzeit willkommen seien. Ein spezieller Führerschein zum Fahren des Bürgerbusses sei nicht erforderlich.

AM Dehnert fragt, ob ein Elektrobus angeschafft werde. BM Dr. Schilling ist dies nicht bekannt. Er gehe jedoch davon aus, dass aus Kostengründen kein Elektrobus erworben wird.

Beschlussvorschlag:

Dem Antrag des Vereins „BürgerBus Bad Zwischenahn e.V. vom 18.10.2018 zur Anschaffung eines neuen Busses wird zugestimmt. Der Verein erhält für den Kauf einen einmaligen anteiligen Zuschuss in Höhe von 10.000 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 23/80 -

8 Zukünftiger Breitbandausbau im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/2018/212

Auf Nachfrage des AM Mickelat teilt BM Dr. Schilling mit, dass für die Breitbandförderrichtlinie 12 Milliarden vom Bund bereitgestellt werden. Die tatsächliche Förderung richtet sich nach den Ausschreibungsergebnissen, die im kommenden Jahr vorliegen werden.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeinde Bad Zwischenahn unterstützt den vom Landkreis Ammerland vorgesehenen Breitbandausbau, indem sie für den Breitbandausbau in ihren Gewerbegebieten den Eigenanteil trägt. Dieser errechnet sich aus den anfallenden Kosten abzüglich eines eventuellen Förderbetrages.
2. Darüber hinaus übernimmt die Gemeinde für die Schulen die Kosten, die innerhalb der Gebäude für den Breitbandausbau anfallen.
3. Zur Deckung des Eigenanteils der Gemeinde wird für das Jahr 2020 zunächst ein Betrag von 100.000,- € in der Finanzplanung berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 23/80 -

9 Zusätzliches Personal für die Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Außendienst-
aufgaben;
Antrag der FDP-Fraktion vom 21.09.2018 (BV/2018/173, VA vom 25.09.2018,
Protokoll Nr. 93, TOP 8.4) und Beratung im WuFT vom 16.10.2018 (BV2018/178,
Protokoll Nr. 95, TOP 5)
Vorlage: BV/2018/215

AM Dehnert findet, dass es hier um wichtige Aufgaben gehe und die Einstellung von zusätzlichem Personal erforderlich sei. Eine halbe Stelle sei nicht ausreichend. Zwei zusätzliche Ganztagsstellen wären gut, eine zusätzliche Ganztagsstelle auch vorstellbar. AM Steinhoff stimmt dem zu.

Stellv. AM Bruns sagt, dass die CDU-Fraktion geteilter Meinung sei. 2019 sei wegen der 100-Jahr-Feier ein besonderes Jahr mit verstärktem Verkehrsaufkommen. Für dieses Jahr könnte man probenhalber zwei Halbtagskräfte zusätzlich einstellen.

AM Dr. Martin ergänzt, dass diese neuen Kräfte viel Einfühlungsvermögen und Augenmaß aufweisen müssen, da zu bedenken sei, dass es sich um Bürger und Gäste handelt, die gegebenenfalls gemäßregelt werden müssen.

AM Mickelat teilt mit, dass sich die SPD-Fraktion der Einstellung von zwei Halbtagskräften anschließen kann. Nach einem Jahr sollte ein „Tätigkeitsbericht“ vorgelegt werden. Davon abhängig kann dann entschieden werden, ob die Stellen dauerhaft benötigt werden. Er bittet zu überlegen, ob die Stunden der Parkraumkontrolleurin von 6 auf 10 Stunden erhöht werden können. Für Bürger setze dies ein Zeichen, dass Regeln auch einzuhalten sind.

BM Dr. Schilling ist der Meinung, dass eine Halbtagsstelle für die Aufgabenerfüllung ausreichend ist. Die Verwaltung werde dem Rat in einer der nächsten Sitzungen zudem eine Satzung zur Nutzung des Kurparks vorlegen, um den Ordnungskräften eine Grundlage zu bieten, nach der auch Konsequenzen folgen können.

Die Ausschussmitglieder sind sich insgesamt einig, dass eine Refinanzierung der Stellen durch Bußgelder absolut nachrangig ist.

Beschluss:

Für die Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Außendienstaufgaben werden in den Stellenplan zwei zusätzliche halbe Stellen aufgenommen. Nach einem Jahr und der Vorlage eines Arbeitsberichtes wird neu über die Verlängerung der Stellen beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11, 32 -

10

Haushalt 2019

hier: Änderungen zum ersten Haushaltsentwurf

Vorlage: BV/2018/213

Stellv. FBL Wichelmann erläutert die Tischvorlage mit den Änderungen zum ersten Haushaltsentwurf. Er teilt mit, dass der die FAG-Grundbeträge nun mitgeteilt wurden, woraus sich zusätzliche Einnahmen von netto rd. 760.000 € ergeben. Der Planansatz wurde nicht angepasst, so dass die Mittel bei Bedarf als Deckungsmittel verwendet werden können.

Ergebnishaushalt

AM Dr. Wengelowski bittet, die Bezeichnung der Buchungsstelle 36.6.10.05.431800 von „Präventionsarbeit“ in „Jugendarbeit“ umzubenennen, da es der SPD-Fraktion gezielt um die Förderung der Jugendarbeit gehe.

Investitionsprogramm

IPads für Ratsmitglieder

AM Schlüter ist der Meinung, dass für die Ratsmitglieder neue IPads angeschafft werden müssen. Seines sei erheblich langsamer geworden. AM Dr. Martin regt an, das ADV-Amt zu Rate zu ziehen. Dort könne „Datenmüll“ entsorgt werden und das iPad sei wieder leistungsfähiger.

Anbau DLRG Rostrup

Stellv. AM Bruns stellt den **Antrag** die Ansätze für den Anbau an die DLRG-Station in Rostrup in 2019 auf 10.000 € und in 2020 auf 100.000 € zu kürzen. Die Hälfte der Mittel dürfte für die geplante Maßnahme ausreichend sein. AM Mickelat stimmt dem zu. Er befürwortet zudem einen Prüfauftrag an die Verwaltung für kostengünstigere Maßnahmen, oder die Umsetzung an anderer Stelle. Ebenfalls möglich sei, die vorhandenen Ansätze mit einem Sperrvermerk zu versehen.

FBL Meyer trägt die einzelnen geplanten Maßnahmen vor. Bei einer Grundfläche von 120 m² in massiver Bauweise inkl. Pflasterung und Grünarbeiten sei der eingeplante Ansatz nicht zu hoch.

Beschluss

Aufgrund des **Antrages** von AM Bruns beschließt der WuFT die Ansätze für die Anbau an die DLRG-Station in Rostrup in 2019 auf 10.000 € und in 2020 auf 100.000 € zu kürzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Stimmenenthaltungen:	0

Umgestaltung Ortsdurchfahrt Petersfehn

FBL Meyer erklärt, dass der von den Petersfehner Ratsmitgliedern geplante Ansatz von 250.000 € bei weitem nicht ausreichend sei. Eine Umgestaltung/Sanierung der Mittellinie vom Eichenweg bis zum Sandweg würde grob geschätzt bis 4 Millionen € kosten. Er gibt zu bedenken, dass eine so große Baumaßnahme sowohl finanziell als auch personell in Hinblick auf die umfangreichen bereits anstehenden Straßenbaumaßnahmen nur schwer zu stemmen sei. Die Durchführung parallel zur Sanierung der Wildenlohlinie sei auch verkehrstechnisch äußerst unglücklich.

AM Schlüter weist darauf hin, dass der Landkreis eine Erneuerung der Deckschicht der Mittellinie plant. Da biete es sich an, auch gleich eine Umgestaltung mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen durchzuführen, um nicht einige Jahre später die neue Deckschicht wieder aufzureißen.

BM Dr. Schilling regt an, dass zunächst mit dem Landkreis über deren geplante Maßnahmen gesprochen werden muss. Danach müssen die Petersfehner Bürger einbezogen werden. Auch die Straßenverkehrsbehörde beim Landkreis sei mit ins Boot zu holen. Um ein erstes Zeichen zu setzen könne er sich vorstellen, einen Ansatz für Planungskosten in den Haushalt aufzunehmen.

AM Mickelat und stellv. AM Bruns stimmen dem Vorschlag des BM zu. Stellv. AM Bruns informiert über die bisherigen Beratungen im Kreistag. Die Erneuerung der Verschleißdecke der Mittellinie sei geplant, der Zeitpunkt könne jedoch nach hinten verschoben werden. Die Verkehrsbehörde habe verschiedene Vorschläge zur Verkehrsberuhigung in diesem Bereich, wie z. B. eine Dunkelampel an der Brüderstraße oder Einengungen in den Straßen. Andere Ideen seien ein Kreisverkehr, eine Kreuzungsampel oder ein Rückbau der Kreuzung.

FBL Meyer hält einen Ansatz von 40.000 € für Planungskosten vorerst für ausreichend.

Beschluss

Aufgrund des Antrages des AM Mickelat beschließt der WuFT in 2019 einen Ansatz von 40.000 € für die Planung der Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Petersfehn in den Haushalt aufzunehmen. Die Ausgestaltung soll in Absprache mit dem Landkreis geplant werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Verkehrssituation Oldenburger Straße

AM Schlüter teilt mit, dass die Anwohner der Oldenburger Straße die Verkehrssituation vor ihren Häusern durch den Rückstau der Autos unerträglich finden. Zudem sei eine Querung der Oldenburger Straße/Wiefelsteder Straße lebensgefährlich. Er bittet, dass in der nächsten Sitzung des StruVA Möglichkeiten zur Verringerung der Gefahrensituation vorgetragen werden. FBL Meyer weist darauf hin, dass in den Haushalt 2018 Mittel für eine Querungshilfe aufgenommen wurden. Die Aufträge sind erteilt, die Baumaßnahme beginnt Anfang 2019.

Spielgeräte/Spielplätze

AM Schlüter ist der Auffassung, dass die Bereitstellung von Mitteln für Spielgeräte auf Spielplätzen in den Zuständigkeitsbereich des AJuFaSo fällt. Er schlägt vor, für die Attraktivierung der Kinderspielplätze 20.000 € in den Haushalt 2019 aufzunehmen. AM Dr. Martin ist grundsätzlich für die Verbesserung der Kinderspielplätze, sträubt sich jedoch, einen pauschalen Ansatz aufzunehmen. Vorher müssen konkrete Maßnahmen erarbeitet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Haushalt inkl. Haushaltssatzung 2019 sowie das Investitionsprogramm 2019 bis 2022 werden inkl. der in der Sitzung vorgetragenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- I, II, III -

11 Anfragen und Hinweise

11.1 Verkehrsberuhigung Bahnhofstraße

AM Dehnert regt an, die Bahnhofstraße wieder im Bereich Auf der Wurth und Wilhelmstraße für den Autoverkehr zu öffnen, evtl. als verkehrsberuhigte Zone. Die Bahnhofstraße entwickelt sich zu einer leeren Zone. Auch wandern zunehmend die Geschäftsleute ab.

- 32 -

12 Einwohnerfragestunde

12.1 Zeitpunkt Bürgerfragestunde

AM Dr. Martin schlägt vor, die Bürgerfragestunde auf eine feste Uhrzeit vorzuziehen, wenn sich die Beratungen hinziehen.

- 10 -

AV Finke schließt die Sitzung.

Finke
Ausschussvorsitzender

Wichelmann
Stellv. Fachbereichsleiter

Buß
Protokollführerin

Veröffentlicht: Hauptamt